

vpod-Medienmitteilung 18. November 2009

## **Abbaupaket der Regierung in den Schredder!**

Der vpod ist empört, dass die rot-grüne Regierung jetzt eine weitere Abbaurunde beim öffentlichen Dienst ankündigt. Wenn sich erhöhte Defizite abzeichnen, dann nicht weil der öffentliche Dienst zu teuer ist, sondern es sind eindeutig die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der Steuersenkungen der letzten Jahre.

Die rot-grüne Regierung hat von 2003 – 08 die beiden von der bürgerlichen Regierung aufgegleisten Abbaupakete „Überprüfung von Aufgaben und Leistungen 1 und 2“ ohne Abstriche durchgezogen und hat 600 Stellen abgebaut. Die Halbwertszeit der Gedächtnisse bürgerlicher PolitikerInnen scheint minim zu sein, dass sie sich nicht mehr an diese grossangelegte Abbauübung erinnern und mit einer Initiative eine generelle Aufgabenprüfung à la Baselland verlangen.

Beim Kantonspersonal ist keine Luft mehr drin. Laut Bericht der Finanzkommission haben sich Überstunden im Wert von 90 Mio. Franken aufgehäuft. Das heisst, es fehlen schätzungsweise 300 bis 500 Stellen. In ihrer Freizeit sind viele Mitarbeitende auf Pikett, weil das Personal bis aufs Minimum zusammengestrichen wurde. Immer mehr Mitarbeitende bezahlen den Dauerstress mit ihrer Gesundheit.

Wer noch mehr Stellen abbauen will im öffentlichen Dienst, muss damit rechnen, dass die Abfallsäcke vor den Häusern liegen bleiben, dass man auf der Notfallstation noch länger wartet, dass Strompannen zum Alltag werden usw. Nach dem Abbau von 600 Stellen in den Spitälern, bei der Feuerwehr und der Polizei, im öffentlichen Verkehr und bei der Stadtreinigung, wo an 365 Tagen rund um die Uhr Schicht gearbeitet wird, kann man niemanden mehr wegsparen, ohne dass die Bevölkerung Nachteile in Kauf nehmen muss. Der vpod würde sich auch vehement dagegen wehren, dass im Sozialbereich, bei der Bildung und der Kultur erneut gespart wird.

Der vpod fordert die Regierung auf, dieses unsägliche Projekt noch heute dem Schredder zu überlassen und stattdessen den öffentlichen Dienst gegenüber dem bürgerlichen Druck zu verteidigen und weitere Steuersenkungsforderungen abzuwehren.